

Das Leben unter drei Handymasten

Drei Handymasten senden täglich direkt über Resi Stieglers*) Wohnung in Kapfenberg. Die Pensionistin leidet seit Jahren unter hohen Strahlungswerten.

Resi Stieglers*) bewohnt die oberste Wohnung eines Hochhauses über den Dächern von Kapfenberg, mitten im Zentrum der Böhlerstadt. Drei Handymasten stehen am Dach, direkt über ihrer Wohnung. Die gepulste, hochfrequente Strahlung macht der Pensionistin das Leben zur Hölle.

„Inzwischen schläft nicht einmal mehr mein Enkelkind bei mir“, erzählt Frau Stieglers mit Tränen in den Augen, „man kann sich nicht mehr konzentrieren, nicht lesen, muss einfach raus“. Mehr als 300 Mikrowatt/m² macht die von den Masten ausgehende Strahlung in ihrem Schlafzimmer aus; einen Mikrowatt/m² empfehlen Umweltmediziner. Die Messwerte im Bad und in einem Arbeitszimmer sind noch höher. „Die Masten wurden aufgestellt, weil an-

geblich alle Bewohner dafür waren“, erzählt sie, „aber mich hat nie jemand gefragt. Jetzt kassiert die Gemeinde und ich leide“. Ihr verstorbener Mann „war sehr arm“ und sei daran psychisch zu Grunde gegangen.

Seit 35 Jahren wohnt sie in der Gemeindefunktion. „Ich war schon beim damaligen Bürgermeister Manfred Wegscheider. Der war entgegenkommend und hat mich gefragt, wo ich hinziehen möchte. Die Gemeinde müsste mir wenigstens eine Ablöse zahlen. Aber am liebsten möchte ich ja hier bleiben, nur so ist das nicht mehr meine Wohnung“, berichtet sie.

Seit Wegscheider weg ist, habe sie bei der Gemeinde einen schwereren Stand und sei sogar „rausgeschmissen“ worden. Die jetzige Bürgermeisterin Brigitte Schwarz lässt in

Zeitungen verkünden, dass in Kapfenberg auf Gemeindegeländen keine Handymasten aufgestellt werden. Das Hochhaus, in dem Frau Stieglers wohnt, ist allerdings ein Haus der Stadtgemeinde. „Ich werde krank gemacht vom Staat, der die Mobilfunkbetreiber unterstützt. Andere verdienen, während ich leide“, versteht Resi Stieglers die

Welt nicht mehr.

Für die KPÖ ist ein derartiger Umgang mit Menschen untragbar. „Wir fordern, dass die Stadtgemeinde die Verträge mit den Mobilfunkbetreibern löst und Handymasten von Wohnhäusern wieder abmontieren lässt, wenn darunter Menschen leiden“, so KPÖ-Sprecher Clemens Perteneder. *) Name geändert



PSYCHISCH AM ENDE: Kapfenbergerin leidet unter Handymasten.

GEHEIMKONTO BEI GEMEINDE KNITTELFELD

Ein zweiter Fall für den Staatsanwalt

Gleich zwei Knittelfelder Ereignisse beschäftigen zur Zeit den Staatsanwalt: Unter Mitwirkung einiger Gemeindefunktionäre und unter Ausschaltung des Gemeinderates wurde die örtliche Sparkasse in eine Privatstiftung umgewandelt. Nun ist bei der Gemeinde ein Geheimkonto aufgetaucht.

Die Umwandlung in eine Stiftung bedeutet, dass der Verkaufserlös nicht wie bei anderen Sparkassenverkäufen in die Gemeindekasse fließt, sondern bei der Stiftung verbleibt. Die Gemeinde hat auf Auflösung der Stiftung geklagt und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. In erster Instanz hat die Gemeinde nun Recht bekommen. Die Stiftungsräte haben allerdings Rekurs eingelegt.

Nun empört ein zweiter Vorfall die Knittelfelder Bevölkerung. Es wurde bekannt, dass bei dieser Bank im Jahre 1993 ein Gemein-

dekonto eröffnet wurde. Von der Existenz dieses Kontos hat laut bisherigen Behauptungen nur der Finanzdirektor der Gemeinde etwas gewusst. Er hat von diesem Konto aus Gemeindevorhaben vorfinanziert. Dieses Konto weist nun einen Schuldenstand von 3,6 Millionen Euro aus.

Allein an Zinsen für dieses Konto sind von 1999 bis jetzt 1,6 Millionen Euro angefallen. Normal ist, dass über ein solches Konto nicht nur eine Person verfügen kann und dass über die Eröffnung eines solchen Kontos sowohl bei der Gemeinde, als

auch bei der Bank Unterlagen aufliegen müssen. Diese Unterlagen sind aber nicht auffindbar.

Nicht die vorhandenen Kontrollorgane haben die Existenz des Geheimkontos aufgedeckt. Die Sache kam ans Tageslicht, weil der neue Besitzer der Sparkasse die Begleichung der Schulden eingefordert hat. Die drei Knittelfelder KPÖ-Gemeinderäte gehen davon aus, dass der derzeitige Bürgermeister nichts von diesem Konto gewusst hat. Aber sie kritisieren, dass er, obwohl er schon im März über dieses Konto informiert wurde, erst ein halbes Jahr später – nach den Nationalratswahlen – den Gemeinderat, die Gemeindeaufsicht und den Staatsanwalt davon in Kenntnis gesetzt hat.

Da die vorhandenen Kontrollmöglichkeiten offensichtlich nicht ausreichen, ist es möglich, dass so etwas auch in anderen Gemeinden passieren kann. Deshalb hat KPÖ-Labg. Renate Pacher diesen Sachverhalt in einer Anfrage an LH Voves herangetragen und Verbesserungen gefordert.

Nachsatz: Drei Sparkassen-Stiftungsräte, waren Präsidenten des örtlichen Golfklubs, dessen Errichtung möglicherweise mit Stiftungsgeldern gefördert wurde. Sie haben nun gleichzeitig ihre dortige Funktion zurückgelegt. Wenn sie nun für eine Auflösung der Stiftung eintreten würden, könnte die Gemeinde leichter den Schaden beheben, der für die Knittelfelder durch dieses Geheimkonto entstanden ist.